

Wochenlohn 55 Pf., monatlich 2,50 M.  
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M.  
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und  
72 Pf. Postbeleggebühren. Ausland-  
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal. Die Abonnements für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Kampf“, „Kämpfer“, „Kämpfer“, „Kämpfer“  
„Kämpfer“ und „Kämpfer“, „Kämpfer“  
„Kämpfer“ und „Kämpfer“, „Kämpfer“  
„Kämpfer“ und „Kämpfer“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87586. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. u. Disc.-Gef. Postfach 1000 Berlin 3.

Donnerstag  
13. Februar 1930  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Temporetreffe  
des Völklers, Kämpfers etc. — Reichs-  
wart „Kleine Kämpfer“ des stin-  
bruchs Wort 25 Völkler (gültig zwei  
letzterdrucks Worte), jedes weitere Wort  
12 Völkler. Stängelworte das erste  
Wort 16 Völkler, jedes weitere Wort  
10 Völkler. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitssatz  
Seite 60 Völkler. Familienanzeigen 30 Pf.  
40 Völkler. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich  
von 9 1/2 bis 12 Uhr.

## KPD.: Krawall in den Opelwerken

### Störungsversuche. — Die Eindringlinge verhaftet.

Darmstadt, 12. Februar. (WIZ.)

Zu den kommunistischen Ausschreitungen in den Opelwerken in Rüsselsheim erfahren wir von zuständiger heftiger Stelle: In den Opelwerken waren gestern drei kommunistische Mitglieder des Betriebsrates entlassen worden, da sie während der Arbeitszeit die Arbeiterschaft durch Versammlungen zur Niederlegung ihrer Tätigkeit aufzuputtschen versuchten. Heute vormittag erschienen auf Lastautomobilen, Motorcaddern und zu Fuß etwa 200 auswärtige Kommunisten — hauptsächlich aus Frankfurt und Offenbach — in der Opel-Stadt, denen sich, als sie in die Opelwerke eindrangen und die Arbeiter zur Arbeitseinstellung aufforderten, etwa 400 kommunistische Arbeiter der Opelwerke angeschlossen. Unter den Eindringlingen befanden sich der preußische Landtagsabgeordnete Oskar Müller und der heftige Landtagsabgeordnete Sumpf.

Die Arbeiter wurden unter Anwendung von Gewalt von der Arbeit abgehalten. Teilweise wurden sie von den Maschinen weggerissen und mißhandelt. Die Eindringlinge versuchten, die Dampfhebe- und Maschinenanlagen stillzulegen. Der gesamte Betriebsrat wurde förmlich bedroht. Der nichtkommunistische Betriebsratsvorsitzende, dessen Absetzung die Demonstranten verlangten, wurde von einem Kommunisten mit einem Dolchmesser angegriffen.

Schon während des ganzen Vormittags hatten die kommunistischen Arbeiter den Betrieb terrorisiert und andere Arbeiter mißhandelt. Auf Verlangen des zuständigen Kreisdeputierten von Groß-Gerau wurde nach der Mittagspause polizeiliche Hilfe aus Darmstadt erbeten, da sich die lokalen Gendarmerekräfte als zu schwach erwiesen. Um 1 Uhr trafen 200 Mann Schutzpolizei aus Darmstadt ein, die die Fabrik umstellten und bisher acht Führer der Putschisten verhafteten, darunter die beiden Landtagsabgeordneten Sumpf und Müller.

Die Verhafteten wurden abtransportiert. Die preußische Polizei sperre die preußische Grenze in der Richtung Wiesbaden—Frankfurt a. M. ab. Zur Zeit ist die Fabrik noch abgeriegelt, um bei Arbeitsstillstand alle Elemente, die sich nicht als Werksangehörige ausweisen können, genau kontrollieren zu können.

Wie die Opelwerke mitteilen, läuft der Betrieb weiter. 8000 Mann der Belegschaft befinden sich an ihren Arbeitsplätzen.

### Ablehnende Haltung der Arbeiter.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (Eigenbericht.)

Von gewerkschaftlicher Seite erfahren wir: Am Mittwochnachmittag schlichen sich etwa 10 bis 12 Kommunisten in die Opelwerke in Rüsselsheim (Hessen) ein. Sie standen unter der Führung des Landtagsabgeordneten Oskar Müller-Frankfurt und Sumpf-Mainz. Die eingedrungenen Kommunisten gingen durch die Büros in den Betrieb und verteilten überall Flugblätter, in denen zu einer Protestversammlung im Fabrikhof und zur Stilllegung des Betriebes aufgefordert wurde.

Die Ursache zu diesem Vorgehen liegt darin, daß drei kommunistische Betriebsratsmitglieder auf Befehl der Kommunistischen Partei zum Bruch der Tarifverträge und zu wilden Streiks aufgefordert hatten. Die Betriebsratsmitglieder waren daraufhin von der Werkleitung bis zu einer Entscheidung des Arbeitsgerichts beurlaubt worden.

Die übergroße Mehrheit der 7000 Opel-Arbeiter verhielt sich völlig ablehnend, nur etwa 200 kommunistische Schmeichler schlossen sich den eingedrungenen Kommunisten an.

Der Betriebsratsvorsitzende, der vermitteln wollte, wurde mit Messern bedroht. Die Kommunisten bielten auf dem Fabrikhof eine Versammlung ab, in der sie die Stilllegung des Betriebs forderten und eine „revolutionäre“ Kampfleitung wählten, die über den Kopf des Betriebsrats hinweg mit der Werkleitung verhandeln sollte. Die Werkleitung lehnte alle Verhandlungen ab, da sie nur mit den Gewerkschaften verhandele. Der Aufforderung, die Motoren abzustellen, wurde nur an wenigen Arbeitsplätzen Folge geleistet.

Um die fremden Eindringlinge zu entfernen, rief die Werkleitung die heftige Landespolizei aus Darmstadt zu Hilfe. Die Polizei stellte sogleich die Ordnung wieder her, ohne daß Widerstand geleistet wurde. Die Anführer der Unruhe wurden fast sämtlich festgenommen und nach Darmstadt abtransportiert. Unter den Verhafteten befand sich wieder der preußische Landtagsabgeordnete

Müller, der erst jüngst in Worms bei den blutigen Erwerbslosenunruhen als Anführer verhaftet worden war. Auch der heftige Abgeordnete Sumpf befindet sich unter den verhafteten Anführern.

Bei Betriebsstilllegung gegen 17 Uhr versieh die Gesamtbelegschaft in voller Ruhe die Werke. Die Arbeit dürfte am Donnerstag in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Die Anteilnahme der Rüsselsheimer Arbeiterbevölkerung war außerordentlich gering. Nur etwa 200 Reugierige, meistens Jugendliche, folgten am Fabrikhof lärmend den Ereignissen im Innern der Höhe.

### Der Schaden.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (Eigenbericht.)

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, beziffert die Werkleitung der Opelwerke den unmittelbaren Schaden auf 60 000 M. Lohngeulder, den Produktionsausfall auf 60 Automobile. Ob durch Sabotageakte erheblicher Schaden angerichtet wurde, konnte bis zum Werkschluß noch nicht festgestellt werden.

## Was ist's mit dem Ramsch?

### Die Moskauer Subvention für die „Rote Fahne“.

Wie steht es um die Verramsung des kommunistischen Eigentums?

Die kommunistische Presse hat unsere Feststellungen zunächst als „blödsinnige Erfindungen“ bezeichnet. Dann wurden aus den blödsinnigen Erfindungen „alle Kamellen“, längst jurüdrliegende Dinge. Darauf wiederum hieß es: „alles Schwindel“, womit also auch die ollen Kamellen wieder demontiert waren.

Nach unseren letzten Feststellungen über die Angebote der kommunistischen Unterhändler an die Interessenten ist es in der kommunistischen Presse still geworden. „Rote Fahne“ und „Welt am Abend“ schweigen in allen Tonarten. Dies Schweigen ist vielsagend — wir wollen indessen nochmals versuchen, der kommunistischen Zentrale die Zunge zu lösen. Daß sie nicht aus eigener freier Entscheidung reden darf, wissen wir; sie ist abhängig, so wie ihre Presse abhängig ist.

Wir sind in der Lage, die Abhängigkeit des Zentralorgans der kommunistischen Partei, der „Roten Fahne“, zahlenmäßig zu beweisen.

Die Gesamtauflage der „Roten Fahne“ beträgt 25 000 Exemplare. Von dieser Gesamtauflage werden 5000 Stück von der russischen Botschaft und Handelsvertretung in Berlin bezogen.

Genau zwanzig Prozent der Gesamtauflage des kommunistischen Zentralorgans sind also von den Moskauer Auftraggebern abonniert.

Die „Rote Fahne“ ist ein von der Sowjetbotschaft in Berlin subventioniertes Blatt. Sie ist in solchem Maße subventioniert, daß selbst die von der Reichsbahn subventionierte „M.Z.“ nicht die Konkurrenz mit ihr aufnehmen kann. Angesichts der Gemeinhalten, die die „Rote Fahne“ gewohnheitsmäßig gegen die deutsche Regierung und die Preußenregierung zu schleulern pflegt, ist es von besonderem Interesse zu wissen, daß dies Blatt von der amtlichen Vertretung der Sowjetregierung in Berlin ausgehalten wird.

Man versteht, warum die „Rote Fahne“ plötzlich nicht mehr reden kann. Sie zieht es vor, durch Schweigen zu bestätigen, daß unsere Feststellungen über die arbeitseindlichen Vorschläge, die die Zentrale der KPD. bei dem beabsichtigten Ramschgeschäft machen ließ, in allen Einzelheiten richtig sind.

### Abgerückt!

#### Demokratische Fraktion gegen Berliner Lage!

Im Haushaltsausschuß des Preußischen Landtags rückte der demokratische Abgeordnete Hoff am Mittwoch von dem Kampf der Berliner demokratischen Presse gegen den Volksschullehrer als Kultusminister entschieden ab. Die demokratische Fraktion habe leider keinen Einfluß auf diese demokratische Presse

## Das gelobte Land.

### Abbau der Sozialpolitik in Rußland. — Sozialdemagogie für das Ausland.

Von Peter Garwy.

Die Arbeitslosigkeit ist der Fluch der Arbeiterklasse. Sie unterbricht die Ausbeutung des Arbeiters — um ihm zu zeigen, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung diese Ausbeutung das Gesetz und die Grundlage seiner Existenz ist. Die Arbeitslosigkeit ist eine Auswirkung der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Es ist nicht verwunderlich, daß sie anarchisierende Stimmungen in den Reihen der Arbeitslosen nährt. Anarchie erzeugt Anarchie. Hunger ist ein schlechter Ratgeber. Die Verzweiflung führt leicht zu Gewalttaten. Die Massen der Erwerbslosen bildeten immer einen Nährboden für Verzweiflungsakte, die den Arbeitslosen selbst nur Schaden bringen konnten.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben von jeher für die wahren Interessen der Erwerbslosen gekämpft. Sie haben die Arbeitslosenversicherung erkämpft, sie sind gleichzeitig gegen sinnlose Verzweiflungsakte von Erwerbslosen aufgetreten und haben entschieden die Kupstungstaktik der Anarchisten und Syndikalisten bekämpft.

Die Anarchisten und Syndikalisten mögen die Temperatur des Proletariats, indem sie ihren eigenen Puls fühlen. In ihrer Selbsttäuschung haben sie der Arbeiterklasse nicht wenig geschadet. Wie Maschinenstürmer im Anfang der Arbeiterbewegung, haben auch sie den berechtigten Protest der Arbeitslosen oft auf das falsche Geleise gelenkt. Aber sie waren weit davon, die Erwerbslosen als Kanonenfutter auszunutzen zu wollen.

Anderes steht es mit den Kommunisten. Das, was jetzt in allen Ländern nach dem Befehl aus Moskau getrieben wird, ist keine heilige Ignoranz, keine aufrichtige Selbsttäuschung, kein Fanatismus des Glaubens. Es ist vielmehr eine kalterwogene Putschtaktik, die die Weiden und die Verzweiflung der Arbeitslosen als Sprengstoff auszunutzen sucht. Weltrevolution als Ziel wird durch die Weltrevolution als Ablenkungsmanöver abgelöst. Der Angriff auf die Festung des Weltkapitalismus wird durch den Angriff auf die internationale Sozialdemokratie ersetzt.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Inspiratoren und Leiter der „revolutionären Arbeitslosenbewegung“ in Moskau sitzen. Im Kreml wird mit Hochdruck gearbeitet. Die innere Lage Sowjetrußlands wird immer schlimmer — um so wichtiger ist es für die Diktatur, die „Weltrevolution“ zu entfesseln. Die Ausbeutung der russischen Arbeiter bei der Durchführung des utopischen Fünfjahresplanes wird immer größer, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse immer schlechter, die Arbeitslosigkeit immer ausschlaggebender. Desto wichtiger ist es den Diktatoren im Kreml, zu zeigen, daß es den Arbeitern in den kapitalistischen Staaten noch schlechter gehe. Es ist nicht Wahrheit, aber wenn es Wahrheit wäre — ist dies eine Entschuldigung für eine „Arbeiterregierung“?

Die Sowjetpropaganda will die russischen wie die ausländischen Arbeiter verwirren. Das Zentralorgan der KPD, die „Pravda“, verucht in einem Leitartikel vom 2. Februar die westeuropäischen Arbeiter auf den „grundlegenden Unterschied“ aufmerksam zu machen, der zwischen der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung in den kapitalistischen Staaten und in der Sowjetunion besteht. Dort — die Einschränkung der Produktion, hoffnungslose Arbeitslosigkeit, gewaltsame Niederwerfung der Arbeitslosenbewegung; hier — das gigantische Wachstum der Produktion, das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse, Verminderung der agrarischen Ueberbevölkerung infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft und die breiteste Sozialversicherung der Arbeitslosen. Aus dieser Gegenüberstellung sollen die breiten Arbeitermassen Westeuropas „revolutionäre Schlussfolgerungen“ ziehen.

Aber diese Gegenüberstellung ist wesentlich falsch. Die Lage der Arbeiterklasse und der Arbeitslosen in den kapitalistischen Staaten ist freilich ungemün schlecht. Aber noch schlimmer ist sie im „ersten Arbeiterstaate“. Das Heer der Arbeitslosen erreicht nach den offiziellen Angaben fast 1 1/2 Millionen bei einer verhältnismäßig winzigen Industrie. Dabei wird vorfälschlich kaum die Hälfte der Erwerbslosen in den Arbeitsnachweifen registriert, um damit die Unterstützungsgelder zu sparen und die Reservearmee der Arbeitslosen von den Vertretern der enteigneten Klassen und von den bäuerlichen Elementen zu „reinigen“. Die Zwangssozialversicherung und die Maschinenisierung der Landwirtschaft führt nicht zur Verminderung, sondern im Gegenteil zu einer gefährlichen Steigerung der agrarischen Ueberbevölkerung. Die Arbeitslosenversicherung in der Sowjetunion . . .

Aber hier müssen wir einige Forderungen anführen, die die „Pravda“ im oben erwähnten Leitartikel für die von der Komintern entfesselte „revolutionäre Arbeitslosenbewegung“ außerhalb Rußlands aufstellt: „Abkämpfung der Ueber-

# Schwierige Verhandlungen.

## Die Regierungsparteien und der Etat für 1930.

Die zwischen den Regierungsparteien und der Reichsregierung stattfindenden interfraktionellen Verhandlungen über die Gestaltung des Etats für das Jahr 1930 gestalten sich außerordentlich schwierig.

Anlaß zu den Verhandlungen gab der Wunsch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, noch vor der Erledigung der Young-Gesetze eine Verständigung unter den Regierungsparteien und mit der Reichsregierung über alle finanziellen Fragen zu finden, die im Zusammenhang mit dem neuen Etat stehen und die leicht Anlaß zu schwerwiegenden politischen Differenzen werden können. Von Anfang an haben wir darauf hingewiesen, daß dieser Wunsch der beiden Mittelparteien zwar sachlich durchaus berechtigt ist, daß seiner Durchführung aber immerhin erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen. Diese Schwierigkeiten werden vergrößert, wenn man daran festhält, daß die Erledigung der Young-Gesetze nicht verzögert werden darf.

Die Schwierigkeiten sind aber nicht nur zeitlicher, sondern auch sachlicher Natur. Durch die Mittelung des Reichsfinanzministers Dr. Meißner über den Inhalt des Etats für das Jahr 1930 ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, als ob es nur zwei wichtige Meinungsverschiedenheiten gebe: die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung sowie Umfang und Art der Steuererhöhung. Diese Auffassung ist jedoch irrig. Da das Reichskabinett bisher noch keine Entscheidung über den neuen Etat gefällt hat, so steht überhaupt noch nicht fest, was er enthalten wird. Man weiß jedoch, daß seit längerer Zeit innerhalb der Reichsregierungsparteien eine Reihe von Fragen ungelöst ist, die die Höhe der Ausgaben weitgehend beeinflussen.

An diese Tatsachen haben Zentrum und Bayerische Volkspartei angeknüpft mit dem Verlangen,

**daß die Reichsregierung den neuen Etat bezüglich seiner Ausgabenhöhe baldigst feststellen müsse, und die Regierungsparteien sich zu verpflichten hätten, diese Ausgabenhöhe nicht zu überschreiten.**

Diese Forderung ist aber leichter aufgestellt als erfüllt. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß der von Dr. Meißner auf 700 Millionen angegebene Fehlbetrag nur dadurch zustande gekommen ist, daß Ausgaben gestrichen worden sind und neue Anforderungen noch nicht berücksichtigt wurden. Sowohl die Ausgabenstreichungen, insbesondere die sozialpolitische Art — die Wohnhilfe für Familienangehörige, Reichszuschüsse an die Invalidenversicherung, die Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge und für Kriegsbeschädigte — als auch die neuen Anforderungen, z. B. die Entschädigungsansprüche aus dem polnischen Liquidationsabkommen, werden jedoch von einigen Regierungsparteien für dringend notwendig gehalten. Auf diesem

Gebiet sind also noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die mindestens einer schnellen Verständigung sehr hinderlich sind.

Das gilt auch von Umfang und Art der Steuererhöhung. Daß Steuererhöhungen zum Ausgleich des Etats unermittelbar sind, hat man jetzt auch in denjenigen Kreisen eingesehen, die bisher von Steuererleichterungen geträumt haben. In welchem Ausmaß sie notwendig werden, hängt aber nicht nur von der Ausgabenhöhe, sondern auch von der Höhe der Schuldentilgung ab. Hier gibt es zwei Möglichkeiten, entweder die Tilgung der Schulden entsprechend der Verzinsung in Höhe von 450 Millionen oder in Höhe von 604 Millionen, wenn man außerdem die 184 Millionen Fehlbetrag des Jahres 1929 neben den 450 Millionen abtragen will. Von der Antwort auf diese Frage hängt es ferner ab, für welche Steuererhöhungen man sich entscheidet. Daß auch hierüber unter den Regierungsparteien bisher keinerlei Übereinstimmung besteht, ist nicht weiter erstaunlich.

**Die wichtigste Streitfrage aber ist im Augenblick immer noch die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung.**

Der Vorschlag der Gegenseitigen ist von allen Parteien abgelehnt worden. Statt dessen wird erörtert, ob man nicht durch den Verkauf von Borgussaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung dieser ein hochverzinsliches Wertpapier, dem Reiche aber Geld für die Arbeitslosenversicherung verschaffen könne. Aber selbst diejenigen, die diesen Grundgedanken unter der Voraussetzung erörtern, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handelt, und die Leistungen weder der Arbeitslosenversicherung noch der Sozialversicherung angelastet werden können, haben erhebliche Bedenken, die in den bisherigen Besprechungen nicht ausgedrückt werden konnten. Man wird diese Bedenken um so mehr begreifen, wenn man berücksichtigt, daß dieser Vorschlag bei der Ungewißheit der Verhältnisse des Arbeitsmarktes unter Umständen ganz anders wirken kann als er gemeint ist. Manche Befürworter dieses Planes bekennen übrigens auch ganz offen, daß sie in ihm ein Mittel sehen, die jetzt aus politischen Gründen nicht durchführbare Verminderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung später durchzuführen.

Wie unter diesen Umständen eine baldige Verständigung über alle diese schwerwiegenden Differenzen herbeigeführt werden soll, ist im Augenblick nicht zu sehen. Die Beforgnis läßt sich vielmehr nicht von der Hand weisen, daß der Vorstoß vom Zentrum und Bayerischer Volkspartei weder zur Erleichterung der Annahme der Young-Gesetze noch zur Verabschiedung des Etats von 1930 beitragen wird.

stunden". „Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in voller Höhe des mittleren Arbeitslohns". „Auszahlung der Unterstützungen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit" usw. Die Kommunisten spekulieren offensichtlich darauf, daß die ausländischen Arbeiter mit den russischen Verhältnissen und die russischen Arbeiter mit den Verhältnissen in Westeuropa nicht vertraut sind. Indessen steht es gerade mit der Arbeitslosenversicherung in dem gelobten Sowjetlande viel schlimmer als z. B. in Deutschland.

Die Ueberstunden sind in der angeblich „sozialistischen" Industrie stark verbreitet — trotz der großen Arbeitslosigkeit. Für das Ausland fordern die Bolschewisten die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in voller Lohnhöhe. In Rußland betrug die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1928/29 14 Rubel 84 Kopeken im Monat, einschließlich der Familienangehörigen (Kontrollziffern für das Jahr 1929/30, S. 491). Die Höhe der Unterstützung für die hochqualifizierten Arbeiter in der I. Zone (Großstädte) beträgt 27 Rubel im Monat. Die Gesamtunterstützung, einschließlich der Familienzuschüsse, darf 50 Proz. des Monatslohnes nicht übersteigen, aber in der Tat beträgt sie etwa 20 Proz. des Arbeitslohnes. Dabei wird die Unterstützung zum Unterschied von Deutschland praktisch nur im Falle der Bedürftigkeit gegeben. Die Bolschewisten fordern weiter für das Ausland die Auszahlung der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. In Rußland aber beträgt die Dauer der Unterstützung 9 Monate im Jahre; nach einer Unterbrechung von 3 Monaten werden die Unterstützungen noch 9 Monate lang ausgezahlt und dann schluß.

Gerade vor kurzem wurde auch diese dürftige Sozialversicherung in Rußland zuungunsten der Arbeitslosen „reformiert". Der Erwerb des Unterstützungsanspruchs soll jetzt durch die Erfüllung längerer Anwartschaftszeiten bedingt sein und zwar ist für die organisierten Arbeiter und Angestellten die Anwartschaft von 2 Jahren, für die Unorganisierten eine solche von 3 Jahren vorgesehen!

Abbau der Arbeitslosenversicherung in Sowjetrußland, demagogische Forderungen für das Ausland! Diese unehrliche Sozialdemagogie muß entthüllt werden. Die Arbeiter Westeuropas haben die Arbeitslosenversicherung, wo sie nicht besteht, zu erkämpfen, und wo sie besteht, weiter auszubauen. Sie müssen vom Staat die entschiedene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Wahrung ihrer grausamen Forderungen fordern. Aber sie werden dabei die Sozialdemagogie der Bolschewisten verwerfen, die im trassen Widerspruch zu ihren eigenen Taten sich befindet. Dem freiwirtschaftlichen Spiel mit der Not der Arbeitslosen, die als Kanonenfutter für die Moskauer Strategen ausgenutzt werden, soll aufs entschiedenste entgegen gewirkt werden.

**Sozialpolitik gegen die Sozialdemagogie** — soll die Parole der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, der Arbeitslosen sowie der Arbeitenden sein. Die von den Bolschewisten eingeführte Wirtschaft, deren unermessliche und selbsttragende Werkzeuge die Arbeitslosen werden sollen, könnte nur zu verhängnisvollen Zerrüttung der Wirtschaft und zur weiteren Zuspitzung der Arbeitslosigkeit führen. Der Wirtschaftszersetz wird aber kaum die erhoffte „revolutionäre Situation" schaffen, aber unbedingt die Arbeiterklasse und vor allem die Arbeitslosen selbst an den Rand des Abgrunds rücken. Politische Stärkung der Arbeiterklasse, Eroberung der Machtpositionen im Staate durch die Sozialdemokratie und durch die freien Gewerkschaften bei entschiedener Verwerfung der bolschewistischen Wirtschaft — das ist die Parole der sozialistischen Arbeiterklasse in dieser schwierigen Krisenzeit!

## Eine Lehre für die Demokraten.

Der „Fall" Helmdrechts.

Die demokratische Presse hat einen Fall gesucht, der von dem Bündnis demokratischer Gruppen mit den Nationalsozialisten in Sachsen, Ostpreußen und anderen Teilen des Reichs, vom Eintritt der Demokraten in die Regierung Basille ablenken soll. Sie glaubt diesen Fall in Helmdrechts in Oberfranken zu finden. Dort wurde in der Stichwahl der Kandidat der Rechten gegen den bisherigen demokratischen Bürgermeister Dr. Michel bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gewählt.

Die Sachlage ist die folgende: Im Jahre 1924 suchte die sozialdemokratische Fraktion Herrn Dr. Michel auf, um ihn zu fragen, ob seine Fraktion für einen Sozialdemokraten als Zweiten Bürgermeister stimmen würde, wenn die Sozialdemokratie ihre Stimme für Dr. Michel als Ersten Bürgermeister abgeben würde. Herr Dr. Michel lehnte rundweg ab. Trotzdem gab ihm die Sozialdemokratie ihre Stimmen. Als Zweiter Bürgermeister aber wurde, durch demokratische Stimmenthaltung, der deutschnationale Kandidat gewählt.

Im Dezember 1929 kandidierte Herr Dr. Michel auf einer sogenannten „Einheitsliste", gemeinsam mit Personen, die sich für Hugenberg's Zuchthausbegehren eingelassen haben.

Nach den Erfahrungen von 1924 und nach der Sachlage von 1929 hatten die Sozialdemokraten in Helmdrechts keinen Anlaß, sich für Herrn Dr. Michel zu engagieren.

Die Demokraten sollen nicht glauben, daß sie auf alle Fälle Anspruch auf sozialdemokratische Unterstützung haben, um dann gegen die Sozialdemokratie gemeinsame Sache mit der Rechten zu machen.

## Oberbürgermeisterwahl mit Gestank.

Dankenswerter Parlamentarismus.

Der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Wiesbadener Stadtparlament, Rechtsanwalt Krücke wurde mit 32 Stimmen zum Oberbürgermeister von Wiesbaden gewählt. Dagegen stimmten die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten. Die Nationalsozialisten versuchten, den Wahlgang durch Werfen von Stinkbamben zu stören.

Das Gaststättenrecht. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat die Beratung des Gaststättengesetzes bis zum 8. L. fortgesetzt.

Deutscher Reichs Gesandter in Warschau, Herr Nikolaus Posa, wird nicht in die Zeitung des Wiener Außenamtes berufen, wozin Seipel ihn haben wollte.

Aus Polnisch-Oberschlesien ausgewiesen wurde der katholische Kandelreber Vater Eymael (EVD), der für den Verband deutscher Katholiken in Königsbütte einige religiöse Vorträge hielt.

# Gegen Schacht und Hugenberg.

## Zweiter Tag der Young-Plan-Debatte.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung, deren erste Reden bereits in der Abendausgabe erschienen sind, sprach zunächst

**Minister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth:**

Herr Dr. Hoegsch hat in sachlicher Weise auseinandergesetzt, wie der staatskonserervative Reich dem internationalen Weltkapitalismus gegenüber eine kritische Haltung einzunehmen hat. Seine Polemik könne man in gewissem Sinne auch mäßigend nennen. Die größten Schrittmacher antisozialistischer Denkwelt waren die Tributpflichtigkeiten des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatum. Das gilt in gewissen Anzügen auch vom Young-Plan, wie er vorliegt.

Wir können heute sicherlich vor der ganzen Welt erklären, daß weder ein Kollektivismus anderer Gläubiger, noch irgendeine Drohung gegen uns hergeleitet werden kann aus einem Nichtkönnen Deutschlands, sondern daß dieses Nichtkönnen ausdrücklich zu begründen ist durch die Organe, die im Young-Plan vorliegen sind.

Wer seinem Volk nützen will, der wird aus dem Young-Plan das herauslesen, was das deutsche Volk als Sinn, Wesen und Kern des Planes herauslesen muß. Da mußte das größte Befremden erzeugt werden durch den Bericht in der „Kreuzzeitung" des Strafen Westars, in dem behauptet wird, daß zur Beibehaltung der undurchführbaren Lasten Zwangsmassnahmen zu ergreifen seien. Gerade das Gegenteil steht in dem Plan. Wir können nach den Hoeger Verhandlungen mit Fug und Recht erklären, daß der Sanctionsbegriff des Versailler Vertrages abgelehnt und ausgemittelt ist. Der deutschnationale Abg. v. Freitagshagen-Doringhausen sollte ruhig werden, wenn er sieht, mit welcher Klarheit sich die französischen Chauvinisten auf seine Auslegung des Young-Planes stützen, auf die Auslegung, nach der angeblich die Sanctionsmöglichkeit noch besteht. Unser Volkshoherberichter aus Paris, daß die französische nationale Presse den Artikel abdruckt mit dem Hinweis darauf, daß v. Freitagshagen-Doringhausen deutscher Völkerrechtler sei. (Hört! Hört! bei den Regierungsparteien.) Dieser deutschnationale Abgeordnete sollte solche Auslegungen lieber als Privatdozent des Völkerrechts in Paris lehren und nicht in Deutschland (Abg. v. Freitagshagen-Doringhausen, Dnat.) protestiert erregt, Jurale links, Gegenrufe rechts, Lärm. Wenn der Young-Plan wirklich eine Sanctionsmöglichkeit enthielte, dann würde ich meinen Freunden vom Zentrum die Ablehnung empfehlen.

Wir bitten die Parteien und besonders die Juristen, den Vertrag im Ausschuss mit der Lupe zu prüfen. Wir haben ihn sehr kritisch geprüft und meinen, daß er Sanctionsmöglichkeiten nicht enthält.

(Unruhe rechts.) Ueber Ihr Volksbegehren haben wir uns im Haag auch öfter unterhalten. Wir haben aber Herrn Lardieu gesagt, wenn die Deutschnationalen in Deutschland einmal regieren sollten, so werden sie den Plan nicht zerreißen, sondern ihn besonders eifrig erfüllen. (Sehr gut bei den Regierungsparteien.) Selbst Kapp ist ja sofort zu den fremden Volkshoherberichtern gelaufen. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichstag. Ihre Politik (nach rechts) bedeutet das Ende, unsere Politik den Fortschritt. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Quast (Dnat.) wirt dem Vorredner Demagogie vor, mit der Dr. Wirth seine Niederlage bemänteln wolle. Immerhin

zeigt Dr. Wirth nicht den Optimismus des Herrn Dr. Curtius. Verhandlung und Erläuterung dieser verflochtenen Ausschüßuren lehnen wir ab. Der Reichstag sollte doch erst lesen, was er dem deutschen Volke auferlegt, also unterbrechen wir die Besetzung! — Bei verschiedenen Vorlesungen, Aussprüche des Außenministers für deutschnationale Zwecke zu bemerken, scheitert der Redner daran, daß Dr. Curtius sofort feststellt, was er wirklich gesagt hat. Als die Deutschnationalen sich über diese Zwischenrufe des Ministers beschwerten, erwidert er, daß sie ihn noch viel mehr zu stärken pflegen. Dann begrüßt Dr. Quast die Kritik, die in der Rede Dr. Brünings sowohl an den Vorlesungen wie an ihrer Begründung enthalten und die keineswegs als respektlose Zustimmung zu der Politik Stresemann-Curtius anzusehen sei. Dazu komme die Opposition des bayerischen Ministerpräsidenten und der Beschlüsse der Deutschen Volkspartei gegen das Polenabkommen und das Verlangen des Zentrums, vor der dritten Lesung die Finanzreform zu sehen. Es ist bedauerlich, daß die Volkspartei für die Außenpolitik der Sozialdemokraten verantwortlich zeichnet. Offiziell enthalten sich diese Parteien des Erüllungsstimmens. Die Opposition hat nicht die Verantwortung zu tragen. Gute Ratschläge können wir auch nicht geben, da im Ausschuss ein Kaufkraftsystem besteht. Wenn Sie bessere Erfolge haben wollen, so nehmen Sie einen Fachmann (Heiterkeit rechts)! Der Bericht Polens auf Entlegung in Oktoberheften ist nur in einem Privatbrief ausgesprochen. Eine große neue Parteilernungsliste soll schon fertig sein.

Der „Vorwärts" hat führende Zentrumspolitiker für den „Schönheitsfehler" im Haager Abkommen verantwortlich gemacht. Was sagt Dr. Wirth dazu?

Nach dem Young-Plan haben wir doppelt soviel zu zahlen, als ganz Europa den USA schuldet. (Zuruf links: Wir haben den Krieg verloren!) Wenn das Ihr ganzes Wissen ist, dann bestellen Sie sich doch einen französischen Oberpräsidenten, der Deutschland verwaltet. (Anderndes Zischen und Gegenrufe, Lärm.) Die Regierungsparteien wollen die Kriegsschuldfrage banalisieren, auf ihr aber beruhet die ganze Reparation. Aber Sie werden auch noch einsehen, daß der Marxismus aufhören muß, in Deutschland zu regieren. (Händeklatschen rechts.)

**Abg. Heinig (Soz.):**

Wir der Behauptung, daß die Außenpolitik des Reiches sozialdemokratisch sei, will man das Zentrum in die Hand Hugenberg's bringen. Seitern hat Hugenberg angekündigt, daß heute Dr. Quast die positive Stellung seiner Partei formulieren werde. Die Rede Dr. Quast hat nichts davon gebracht, daß uns keinen anderen Weg gezeigt, man hat den Eindruck, als wäre die Rede — ein Ultimatum der Hugenberg'schen Diktatur (Heiterkeit links). Sie bringen den Mut nicht auf, und haben auch nicht die Möglichkeit, uns einen anderen Weg vorzuschlagen, als den, den wir gehen.

Von den Revisionsmöglichkeiten des Young-Plans ist hier etwas zu optimistisch, vom Young-Plan selbst etwas zu pessimistisch gesprochen worden.

Wir sind uns klar über die ungeheure Belastung und über die verschiedenen erheblichen Mängel des Plans, aber wir sehen keinen anderen Weg.

Von diesen Mängeln sind Wirkungen auch in der inneren Politik und auf gesamt-europäischem Gebiet zu befürchten, außerdem sind die

soziale Ungerechtigkeiten. Allerdings kann man nicht voraussehen, wie sich die Erfüllung der Reparationspflicht schon in den nächsten Jahren gestalten wird.

Der Dawes-Plan ist seinerzeit in den leeren Raum des nationalsozialistischen Deutschland hineingebaut worden und hatte außerordentlich viele Mängel, die jetzt abgebaut werden müssen. Den Abbau bei der Reichsbank halten wir für durchaus ungenügend. Wir sehen kein faires Arrangement darin, wenn

private Anteilseigner aus einem Vorteil des Dawes-Gesetzes sich 86 Millionen Mark bares Geld

verschaffen können. Der Reichsbankpräsident hat zugegeben, daß diese Referenz der Reichsbank auf Grund eines Mangels des Reichsbankstaats so groß ist, und daß es ihm nicht berührt erschienen sei, alle Referenzen wieder auszuscheiden. Das hätte nach der Meinung Dr. Schachts einen allzu großen Vorteil für die Anteilseigner bedeutet. Diese Referenz ist

mindestens zur Hälfte Eigentum des Reiches, das Reich bekommt aber nichts davon,

die Anteilseigner alles. Man begründet das mit privatrechtlichen Argumenten. Wir wissen, daß das Privatrecht nicht einfach weggeschafft werden kann, aber wir bestreiten die Behauptung, daß diese Anteilseigner uns Auslandsrecht gegeben haben, weshalb man jetzt die Referenz an sie ausschütten mußte. Ein ganz erheblicher Teil dieser „ausländischen“ Anteilseigner der Reichsbank sind Deutsche, die auf dem Weg über holländische oder schweizerische Banken als Auslandsseigner auftreten konnten.

Der Herr Reichsbankpräsident hat es verstanden, in den Umgestaltungsplan seine Lieblingsstöcher, die Goldbank mit hineinzuziehen, die aber gar nicht die Funktionen einer Notenbank hat, und deren Aktien in der Bilanz der Reichsbank stehen. Es ist ganz undenkbar, daß Dr. Schacht durch eine Fristlose der Reichsbank auch noch die Exportkreditpolitik des Reiches beherrscht.

Die Goldbank hat gar keinen inneren Zusammenhang mit der Reichsbank, der berechtigt wäre. Sie entzieht sich dadurch heute jeder Kontrolle, und mit ihren 53 Millionen Mark Referenzen ist sie bis auf den heutigen Tag vollkommen steuerfrei.

(Hört! Hört! links.) Hier muß eine Änderung zugunsten des Reiches erfolgen. Und wir bitten um Vorlage einer entsprechenden Resolution, die aber auch die international nicht gebundenen Bestimmungen des Reichsbankstatuts, so über die Verteilung des Reingewinns, ändert. Eine Ausschüttung so gewaltiger Referenzen und eine Zuzahlung von 15 Millionen jährlich an die Anteilseigner und von nur 5 Millionen an das Reich ist durchaus unbillig. Eine Höchstdividende von 12 Proz. müßte ebenso ausreichen, wie bei der B33. Die Anteilseigner stehen sowieso glänzend da —

mer Noten der Reichsbank befehlen hat, ist vollkommen entseignet.

(Sehr wahr!) Wir aber wollen nicht auch noch Young-Plan-Gewinner entstehen lassen.

Die B33 ist ein Völkerverbund der Zentralnotenbankpräsidenten Europas. Sie hat nicht nur die Aufgabe, die deutschen Zahlungen entgegenzunehmen, sondern selbständige internationale Funktionen, die für die europäische Wirtschaft von der größten Bedeutung sein werden. Sie ist auch der Vertreter des künftigen Revisionsausschusses, wenn Deutschland eine Revision verlangt. Jedenfalls ist

diese Regelung viel zu bedeutsam, als daß wir im Handumdrehen sie ändern würden.

Die Verantwortlichkeiten müssen ganz klar ausgearbeitet werden. Im Statut der B33 ist gesagt, daß die Verwaltungsratsmitglieder, und Dr. Schacht wird eines sein, keineswegs nationalpolitisch verantwortlich sein dürfen. Das ist für uns ganz unmöglich. Wir werden ein Initiativgesetz über die Stellung des Reichsbankpräsidenten einbringen. Wenn uns gesagt wird, daß das Verhalten Dr. Schachts seit seinem letzten Schritt sich gebessert habe, so haben wir nicht das Vertrauen, daß es so bleiben wird, und daß er sich darauf beschränkt, nur Währungspolitik zu treiben. Bei aller Anerkennung seiner Verdienste in der Anfangszeit, so im Kampf gegen Louis Hogen, u. a., haben wir doch erkennen müssen, daß er es gar zu sehr liebt, in bengalischem Lichte dazustehen.

(Zuruf links: Primaballerina!) Es wird der Tag kommen, wo auch diejenigen uns zustimmen werden, die das heute noch nicht tun. In einer früheren Schrift hat Dr. Schacht selber hervorgehoben, daß nur die Unterordnung unter die Demokratie den richtigen Präsidenten der Notenbank mache. (Hört! Hört!)

Herr Duany hat nicht das Versprechen gehalten, das gestern der Stinnes (Heiterkeit und Sehr gut! links) — Herr Hugenberg natürlich — gegeben hat. Vielleicht zeigt uns nachher der Weg. (Hört! Hört!) — Herr Duany hat nicht das Versprechen gehalten, das gestern der Stinnes (Heiterkeit und Sehr gut! links) — Herr Hugenberg natürlich — gegeben hat. Vielleicht zeigt uns nachher der Weg. (Hört! Hört!) — Herr Duany hat nicht das Versprechen gehalten, das gestern der Stinnes (Heiterkeit und Sehr gut! links) — Herr Hugenberg natürlich — gegeben hat. Vielleicht zeigt uns nachher der Weg. (Hört! Hört!)

nationalen Zeitungsjongieren mit Hilfe der Inflationsgewinne aufgebaut hat. Als z. B. der „Jungdeutsche“ bei der Döbner ein Darlehen beantragte, wurde das durch den besonderen Verdienst für Kredite an Zeitungen sofort Herrn Hugenberg gemeldet, und sein Beauftragter stellte dem „Jungdeutschen“ das Geld in Aussicht, aber unter der Bedingung, daß das Blatt Hugenberg-Politik mache, was allerdings abgelehnt wurde. Hugenberg scheint dann noch schlechtere Rissen für die Döbner übernommen zu haben, wodurch dann die sonst so verächtlichen bodenständigen Elemente in Ostpreußen in die verwerfliche Situation kamen und durch den preußischen Staat gerettet werden mußten.

Wenn man so in Transaktionen dein Recht und sich dann hier herstellt, um von der national christlichen Kultur zu reden und vom Kampf gegen den Marxismus, so ist das wahrhaft lächerlich! (Sehr Zustimmung.)

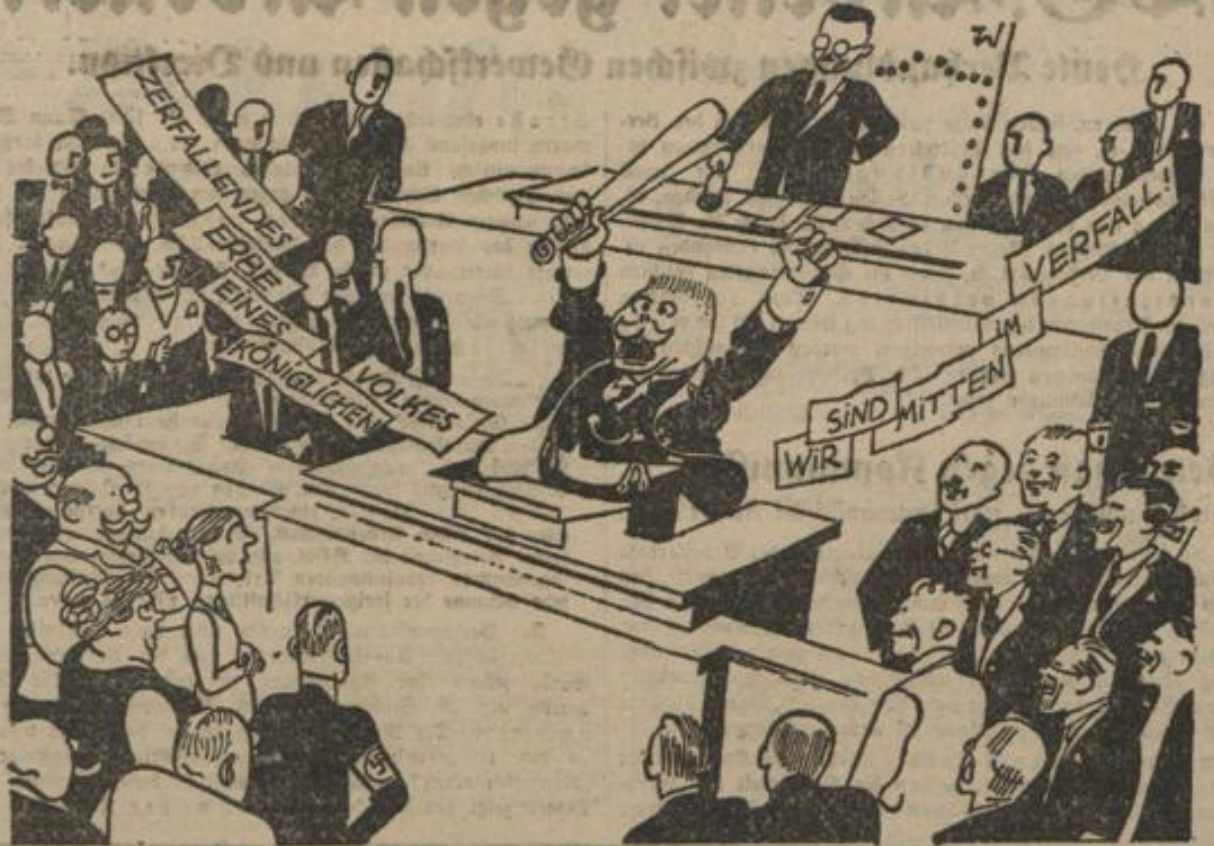
Ob die Leute, die den Marxismus bekämpfen, den Unterschied zwischen Karl und Wilhelm wirklich schon heraushaben, ist noch gar nicht so ausgemacht.

(Heiterkeit.) Die Deutschnationalen bezeichnen alles, was ihnen nicht paßt, einfach als marxistisch. Herr Duany hat bekannt, daß auch die Regierung, in der die Deutschnationalen saßen, diese sozialdemokratische Außenpolitik getrieben hat — Sie waren also damals Marxisten, ohne es zu wissen. (Heiterkeit.) Sie bezeichnen alle Andersgesinnten als minderwertig, gefinnungslos, staatsfeindlich und wenn es nicht weitergeht, kommen Sie auf die Juden, oder Herr Duany bemerkt mit seiner wahrhaft christlichen dialektischen Begeisterung, wie falsch der Marxismus sei.

Heute stellt sich Hugenberg als der Mann der christlichen Anstufung hin. Bezieht sich das auch auf die Berliner „Nachtausgabe“?

(Heiterkeit.) Sie werden in der Geschichte Deutschlands fortleben als die Partei des unchristlichen „Ja“, und deshalb werden wir uns durch all Ihre beispiellos schmutzige Agitation, die jede sachliche Auseinandersetzung verhindert, nicht lären lassen. Wir werden die Vorlagen bis in die letzten Einzelheiten prüfen, wir werden alle Möglichkeiten untersuchen, die Interessen der breiten Massen auch bei diesem Anlauf durchzusetzen, aber nicht durch sinnlose Verneinung, sondern voll Verantwortung für das Schicksal der breiten Volksmassen. (Sehr Beifall der Saal.) (Schluß des Berichts in der 1. Sitzung.)

## Der Scherlkönig redet.



Er sieht aus wie der „Lokal-Anzeiger“ und spricht wie die „Nachtausgabe“.

## Das Brotgesetz.

Roggenbrot muß 95 Prozent Roggen enthalten.

Die Reichsregierung hat das von uns schon mehrfach angeforderte Brotgesetz dem Reichsrat zur Beschlussfassung zugeleitet. Das Gesetz beschränkt sich im wesentlichen, wie wir erwartet haben, auf die Sicherung des Qualitätsmaßes, die Festsetzung des Deklarationszwanges und den Zwang zum Verkauf nach Gewicht. Als Roggenbrot darf nur Brot verkauft werden, das mindestens 95 Proz. Roggen enthält, die Bezeichnung Weizenbrot darf nur angewendet werden, wenn mindestens 95 Proz. Weizen verwendet sind. Aus einer Mischung hergestelltes Brot darf nur mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot“ verkauft werden, wobei überwiegend aus Roggen hergestelltes Brot als Roggenmischbrot und überwiegend aus Weizen hergestelltes als Weizenmischbrot bezeichnet werden muß. Backhilfsmittel dürfen nur bis zu 3 Proz. zugesetzt werden. Die Reichsregierung kann die Höchstgrenze der Zulasse ändern, falls der Ausfall der Ernte es erfordert. Roggenbrot, Weizenbrot und Mischbrot müssen, abgesehen von Gebäck bis 250 Gramm für den Käufer leicht erkennbar bezeichnet sein. Das Gewicht des frischen Bratlaibes muß mindestens 500 Gramm oder ein ganzes Bäckchen davon betragen. Das Gewicht ist von dem Hersteller für den Käufer leicht erkennbar anzugeben. Die Landesbehörden haben die näheren Bestimmungen über die Kennzeichnung des Brotes und über die Gewichtszugehörigkeit zu treffen. Sie bestimmen auch die Fehlergrenze, innerhalb welcher

das Gewicht des frischen Bratlaibes von den vorgezeichneten Gewichten abweichen darf.

Die Begründung des Gesetzes spannt die Erwartungen ziemlich hoch. Wenn davon ausgegangen werde, so heißt das gegenwärtig dem Roggenbrot überwiegend etwa 25 Proz. Weizenmehl zugesetzt werden, so ergibt sich, daß nach 20 Proz. des Getreides, das zur Herstellung des jetzigen sogenannten Roggenbrotes dient, durch Roggen ersetzt werden könnten. Bei dem jetzigen Roggenverbrauch für die Brotherstellung von 4 Millionen Tonnen, wäre ein Mehrverbrauch von 800 000 Tonnen denkbar, und bei vorläufiger Schätzung sei ein Roggenmehrverbrauch von 500 000 Tonnen zu erwarten. Das bedeute eine Entlastung des inländischen Roggenmarktes und eine Einfuhrersparnis von Weizen im Werte von jährlich 120 Millionen Mark.

Im Gegensatz zum Reichernährungsministerium sind wir der Meinung, daß die Schätzungen einmal sehr optimistisch sind, und daß zum anderen für die Roggenwirtschaft selbst eine wesentliche Hilfe durch diese Maßnahmen noch nicht gesichert werden kann. Es muß das Ziel der deutschen Agrarpolitik bleiben, den Roggenanbau selbst in Deutschland einzuführen und die dadurch frei werdenden landwirtschaftlichen Flächen anderen Kulturen zuzuführen, wofür die technischen Voraussetzungen gegeben sind.

## Zentrum kauft KPD-Stimme.

Ein Kommunist verkauft sich für 700 M.

In der Gemeinde Der-Ortenschwid bei Reddinghausen wurde dieser Tage der Zentrumsmann Hoppe mit Hilfe eines Kommunisten unter seltsamen Umständen zum Gemeindevorsteher gewählt. Der Vorfall liefert einen neuen Beweis dafür, daß in der KPD. von heute nichts unmöglich ist.

Aus der ersten Wahl des Gemeinderats ging der Kommunist Weinerl als Sieger hervor. Er wurde jedoch von der Aufsichtsbehörde schon wegen seiner 17 Vorstrafen nicht bestätigt. Die dadurch notwendig gewordene zweite Wahl führt mit einer Stimme Mehrheit zum Siege des Zentrumsmitgliedes Hoppe, obwohl die Linke (SPD. und KPD.) in dem Gemeindeparlament ein Mehrheitsverhältnis von einer Stimme besitzt. Es war offensichtlich, daß ein Gemeindevorsteher der Kommunisten dem Zentrumskandidaten keine Stimme gegeben hätte. Jetzt hat die Ortsleitung der Sozialdemokratischen Partei in Der-Ortenschwid den Spitzenkandidaten der KPD. und deren Fraktionsführer Weinerl — der sich bei der ersten Wahl zum Gemeindevorsteher wählen ließ — überführt, für 1000 Mark seine Stimme an das Zentrum verkauft zu haben. Der Vermittler dieses Geschäftes war ein Kaufmann und Zentrumsmann, der von den 1000 Mark 300 Mark für sich behalten hat. Die restlichen 700 Mark wurden durch Schenk bei einer Bank deponiert und Weinerl nach vorübergehender Zeit als Jubiläumsgeld ausgezahlt. Der Kassierer und der Unterbezirksleiter der KPD. in Reddinghausen haben sich inzwischen ebenfalls als bestechliche Subjekte erwiesen. Sie waren von dem zentralistisch-kommunistischen Geschäft in allen Einzelheiten unterrichtet.

Die Polizei hat bereits die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet, da ein Verstoß gegen § 109 des Strafgesetzbuches vorliegt.

## Frankreich fordert Flottenstärkung.

Auf der — See-Abrüstungskonferenz.

London, 12. Februar. (Eigenbericht.)

Der Sachverständigenbericht an das erste Komitee stellt keine endgültige Lösung dar, aber die Klassifizierung der Schiffskategorien ist soweit vorgeschritten, daß jede Nacht aufgefördert werden kann, ihre Bedürfnisse für die einzelnen Schiffskategorien anzugeben.

Nach einem neuen Memorandum beansprucht Frankreich jetzt 724 000 Tonnen, nach einer anderen Information 806 000 Tonnen, also beinahe die doppelte Tonnage seiner französischen Kriegsmarine. Während Frankreich heute drei 10 000-Tonnen-

Kreuzer besitzt, weitere drei im Bau hat, verlangt es 12 Kreuzer. Die Ziffern für U-Boote stellen eine Verdreifachung der gegenwärtigen Tonnage der französischen U-Boottenflotte dar.

Das japanische Memorandum soll eine starke U-Boottenflotte fordern.

## Sejm gegen Pilsudski.

Dispositionsfonds gekürzt.

Warschau, 12. Februar. (Eigenbericht.)

Der Sejm hat den Haushalt verabschiedet; dagegen stimmten die Kommunisten und die Ukrainer bei Stimmenthaltung der Deutschen, Juden und Nationaldemokraten. Die Dispositionsfonds des Kriegs-, Außen- und Innenministeriums sind trotz heftigsten Widerstandes des Regierungsblocks endgültig beträchtlich gekürzt. Pilsudskis Dispositionsfonds ist ebenso wie im Vorjahre um 2 Millionen Floty gekürzt worden. Das Parlament hat sich von den heftigen Drohungen der Pilsudskisten nicht einschüchtern lassen.

## Revolte in Französisch-Indien.

Aussländische Soldaten.

Paris, 12. Februar.

Berichten zufolge, die beim Kolonialministerium eingetroffen sind, haben in der Nacht zum Montag etwa 200 Tonkin-Soldaten und 60 eingeborene Revolutionäre das Zeltlager von Nembai in Tonkin, wo ein Bataillon in Garnison liegt, angegriffen. Es wurden zwei Offiziere, drei Unteroffiziere und fünf amantische Soldaten getötet und zwei Offiziere drei Unteroffiziere und sechs amantische Soldaten verwundet. Am frühen Vormittag war die Ordnung wiederhergestellt, nachdem eine Truppenabteilung aus Hanoi das Zeltlager besetzt hatte. Die ausländischen Soldaten und Schützen sind in den Urwald geflohen. In der gleichen Nacht wurde auch der Militärposten in Hung Hoa angegriffen.

Abgeordneter Rheing Ministerialdirektor. Als Nachfolger des verstorbenen Ministerialdirektors Dr. Bödenhoff ist der Senatsabgeordnete Rheing zum Leiter der Domänenverwaltung im preuß. Landwirtschaftsministerium ernannt worden. Rheing ist der einzige Überlebende jener agrarischen Zentrumsliste, die wie von Bapen und Bänar 1925 den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun stürzen wollten.













## Max Barthel: Moskau und Mölln

„In ganz Rußland“ sagt Jakob Dieb, als wir durch das kleine Mölln spazierten, „in ganz Rußland gibt es keine Gefährlichkeit, es gibt nur noch Zweckmäßigkeit. Wer heute als Held verehrt wird, kann morgen schon als Schurke verurteilt werden. Denken Sie an die politischen Köpfe, die in den letzten Jahren gefallen sind, denken Sie vor allem an Trozki.“

Wir hatten unser Ziel, ein stilles Café, bald erreicht, saßen an einem der kleinen Marmortische, und ich bot Dieb, mir von der Flucht der Deutschrussen zu erzählen. Dieb kam aus der Krim. Seine Großeltern waren dort aus Ostpreußen eingewandert. Diese Krimdeutschen sprachen auch jetzt noch ein breites Platt. Wo, die Großeltern kauften Land, den Hektar zu fünf Mark, aber das Land brachte keine Frucht, die Wasserhältnisse waren sehr schlimm. Die Eltern des Dieb verließen das dürre Land, sie blieben in der Krim und siedelten sich näher dem Meere an. Sie kauften neues Land, den Hektar zu achtzig Mark. Dieses Land brachte ihnen Wohlstand und in den letzten Jahrzehnten auch Reichtum. Die konnte sich nach ganz gut der ansteigenden Blut des Reichtums erinnern. „Som Drehschleif zur Drehschleif“, so hatte er jenen Aufstieg treffend skizziert.

Er hatte ein kluges Gesicht, ein Bauerngesicht, das durch religiöse Uebungen ins Metaphysische gehoben wurde. Er war ein kleiner Mensch, einen Kopf kleiner als seine Kameraden, aber er überragte sie alle mehr als um einen Kopf in intellektuellen Dingen.

„In den Jahren 1923 bis 1925 sind 13.000 Mennoniten ausgewandert“, erzählte er, „davon weiß Europa nichts. Die meisten gingen nach Kanada und ein Teil von ihnen kam zu Wohlstand. Sie blieben aber mit uns in Verbindung, und das erklärt auch, warum in der Hauptstadt Mennoniten nach Moskau zogen. Wir waren immer die aktivsten Elemente unter den Deutschen. Die Krim ist ein internationales Territorium, es gibt dort unten Tataren, Griechen, Juden, Krimtschaken, Russen, Deutsche und Bulgaren. Es gibt in der Krim 45.000 Deutsche, darunter 8.000 Mennoniten. Im Jahre 1919 war ein großer Kongress der Deutschen in Odessa, die Krim schickte vier Delegierte, und diese Delegierten waren lauter Mennoniten.“

„Sind die Mennoniten so gut organisiert?“ fragte ich.  
„Wir sind sehr gut organisiert“, erklärte er stolz, „erstens hatten wir die besten Wirtschaften, das wurde auch von den Sowjets anerkannt, und dann hatten wir auch unsere ökonomischen Verbände, die sich intensiv um die Hebung der Güter bemühten. Die Zentralverwaltung war in Moskau. Ich arbeitete in diesen Verbänden und kam überall hin, auch nach dem Zentrum. Zuerst standen uns die Sowjets freundlich gegenüber. Auch mit den Tataren kamen wir gut aus. Diese Tataren! Sie waren wie Kinder und spielten neuen Staat. Vor einiger Zeit, vielleicht haben Sie davon gelesen, hatte man den Vorposten der Krimregierung, einen Tataren, verhaftet und erschossen. Er war früher Gutsbesitzer gewesen und unter den Tataren sehr beliebt. Um ihn rannte sich nun eine ganze Legende. Ich kannte ihn, er war ein schwacher Mensch und nur das Werkzeug in den Händen zweifelhafter Ratgeber. Als er nun erschossen war (er wurde konterrevolutionärer Verbindungen mit dem Auslande angeklagt), glaubte das tatarische Volk einfach nicht an seinen Tod. Es sagte: Jetzt ist er der, den die Sowjets nicht töten können. Er war ja in Moskau verhaftet worden. Und nun erzählten sich die Tataren, er sei nach dem Auslande geflohen, nach der Türkei.“

„Und was ist es mit der Tscheka?“ fragte ich.  
Dieb lächelte nachsichtig und sagte:  
„Nun, jetzt werden Sie staunen, aber ich war beinahe selbst ein ganzes Jahr Vertrauensmann der Tscheka! Ja, sehen Sie“, fuhr er fort, „als er mein ersauntes Gesicht sah, „das war doch die einzige Möglichkeit, sich zu informieren! Ich habe in jener Zeit vielen Menschen das Leben retten dürfen. Ich konnte ihnen einen Wink geben, daß sie verschwanden. Auf meinem Hof (das Gut meiner Eltern war nationalisiert) arbeitete als Wasserzieher (das ist ein Mann, der aus den tiefen Brunnen das notwendige Wasser heranholt) ein früherer Generalstabsoffizier.“

„Einen Augenblick“, unterbrach ich ihn, „stimmt es, was man so in den Zeitungen liest, daß auch jetzt noch, nach zwölf Jahren, Verschwörungen gegen die Sowjetmacht stattfinden?“

„Es stimmt“, antwortete er, „auch mein Wasserzieher gehörte zu jenen Männern. Manchmal kamen auch nachts Sendboten von irgendwelchen Organisationen. Es ist nach viel Unruhe in Rußland. Auch ich wurde der Tscheka verdächtig. Sie schickten einen Agenten auf unser Dorf, der mich bespionieren sollte, vier Monate lauerte er auf mich, aber ich war doch klüger als er. Der Wasserzieher, ein Offizier, ein Weimann, war kurz nach dem Bürgerkrieg zu zehn Jahren verurteilt worden. Durch die Protektion einer Moskauer Regierungsbeamte kam er nach fünf Jahren frei. Er kam in die Krim, hatte sich einen anderen Namen beigelegt, und als er einmal nach der Kreisstadt kam, wurde er von einem Tschekisten angehalten. Man hatte ihn als den Mann erkannt, als der er verurteilt war. Nach drei Wochen machte man ihn den Prozeß. Er war nicht verhaftet worden, aber wenn jetzt herauskam, daß er hier unter falschem Namen gedient hätte, war es um seinen Kopf geschehen. Eigentlich stand er so unter Polizeiaufsicht. Bei der Verhandlung aber setzte er alles auf eine Karte. Bevor die Sitzung begann, ging er zu dem Prokurator und flüsterte ihm zu: „Wenn du Teufel ausdeckst, wer ich bin, packe auch ich aus und erzähle von deiner Vergangenheit.“ Er mußte wohl übel sein, denn der Richter sagte kein Wort, er setzte die Freisprechung des Offiziers durch. Und der Offizier verschwand dann aus der Krim.“

„Und der Tschekist im Dorfe?“ wollte ich wissen.  
„Der verschwand auch“, erwiderte Dieb, „und so lebten wir, es wäre noch viel zu erzählen, bis zum Jahre 1929. Da wickelte sich auch in der Krim der Fünfjahresplan aus. Ich hatte ein Amt in der Gemeinde (er war Prediger geworden), und ich verlor das Stimmrecht.“

„Was bedeutet der Verlust des Stimmrechts?“ fragte ich.  
„Ebenzerst“, antwortete er, „erstens kann ich nichts kaufen, die Kooperativen gibt mir nichts, zweitens kann ich nichts verkaufen als an die Kooperativen, und die zahlt mir geringere Preise als den anderen. Ich darf kein öffentliches Amt bekleiden, zweitens darf ich mich nicht als freier Bauer ansprechen. Weiter habe ich keinen Anspruch auf Rechtschutz, schließlich werden meine Kinder von den höheren Schulen ausgeschlossen und endlich werden mir Extrasteuern aufgeschleppt, und ich werde den Kulaken gleichgestellt. Der Stimmverlust ist wie ausgeföhrt. Als so ein Bauer in unserem Dorfe den

Sowjet fragte: „Ja, was sollen wir denn tun?“ bekam er zur Antwort: „Ihr sollt verraten.“ Aber auch der Stimmrechtslose ist ein Mensch und will leben.

Unser Bekenntnis verbot uns den Dienst mit der Waffe“, erzählte er weiter, „und um diesen Glaubenssatz gab es mit den Sowjets oft harte Kämpfe. Die Sowjets sagten: „Nun, ihr habt ja im Bürgerkrieg auch gekämpft und einen Selbstschuß aufgestellt.“ Wir sagten: „Ja, aber nur gegen die Banditen!“ Dann sagten die Sowjets: „Wenn wir euch das erlauben, können auch die anderen Böhler kommen und sagen, auch wir wollen nicht unter der Waffe dienen.“ Und es kamen auch manchmal tatarische Rekruten und berieten sich auf uns und wollten kein Gewehr anrühren. Die Sowjets fanden einen Ausweg.

Sie nahmen vierzig junge Mennoniten, drohte ihnen mit dem Revolver und sagten: „Wollt ihr sterben oder unter der Waffe dienen?“ Sie wollten nicht sterben und unterschrieben die Erklärung, daß sie unter der Waffe dienen wollten. Und als man sie einzog, schickte man sie, wie immer die Mennoniten, zum Fortdienst oder in die Krankenpflege. Man gab ihnen kein Gewehr. Ihre Erklärung aber war eine wirksame Propagandawaffe in den Händen der Sowjets gegen jene anderen Rekruten, die sich auf uns berufen wollten.“

Er schloß nun eine kleine Kiste, der keine Mann und schickte mit starren Augen durch die steinernen Bänke des kleinen Cafés in Mölln und sah sichtlich die weiten Steppen der Krim und die weißen Städte am Schwarzen Meer. Dann schüttelte er die Bindung an jene Erde ab und fuhr fort:

„Die Mennoniten sind in Rußland eine kompakte Masse geblieben. Wir waren konfessionell, das hat seine Lichtseiten und seine Schattenseiten, und es kam ganz selten vor daß ein Mennonit eine Andersgläubige heiratete. Ich habe eine Schwödin geheiratet und wurde dadurch automatisch aus unserer Gemeinschaft ausgeschlossen. Später wurde jenes Gesetz geändert, meine Frau wurde Mennonitin, ich wurde wieder aufgenommen. Wir haben uns in jenen Jahrhunderten fast nicht mit russischem Blute vermischt, es kam auch ganz selten vor, daß ein Mennonit Kommunist wurde.“

Ich will Ihnen ein kleines Beispiel erzählen, aus dem Sie die Lage der stimmlosen Bauern ganz gut erkennen werden“, fuhr er fort, „so einem Bauern wurde eine Kuh gestohlen. Der Dieb wurde gefangen. Er kommt vors Gericht. Er hat Stimmrecht. Die Verhandlung beginnt. Der Bauer wird als Zeuge geladen, aber an ihn wird kein einziges Wort gerichtet. Nur mit dem Dieb wird gesprochen.“

„Benedikt Käche hatte dieser Bauer?“ fragte der Richter.  
„Oh, es war in der Dunkelheit, ich habe es nicht so genau gesehen“, antwortete der Dieb, „aber so sechs, sieben werden es schon gewesen sein.“

Das Urteil wurde verurteilt.  
„Du bist frei“, sagte der Richter zu dem Dieb, „du hast nur einen Kulaken bestohlen.“

Und dieser Bauer war kein Kulak, er hatte nur zwei Kühe im Stall gehabt“, schloß Dieb.

„Triffst du Fünfjahresplan nur die reichen Bauern, nur die Kulaken?“ fragte ich weiter.

„Da gibt es keine Zweckmäßigkeit, da gibt es nur Zweckmäßigkeit“, antwortete er, „im vergangenen Jahre konnte einer als Mittelbauer Stütze der Sowjetmacht sein, und im nächsten Jahre wurde derselbe Mann als jenseitiges Element, als Kulak, verfolgt. Zweckmäßigkeit, nicht Gefährlichkeit regiert. Im Jahre 1929 begann man im großen Maßstab mit der Erleichterung der Kommunen, und das waren die Todeslieder über den freien Bauern. Wir wollten nicht in die Kommunen gehen, die Steuern erdrückten uns, und so haben wir es vorgezogen, Rußland, das uns jahrhundertlang nährte wie eine Mutter ihr Kind, zu verlassen. Wir zogen nach Moskau.“

Ich ging im August nach Moskau. Und immer neue Seelen strömten herbei, aus der Krim, aus der Ukraine, aus dem Kaukasus, aus Turkestan und aus Sibirien. Zuerst hatten wir wenig Schwierigkeiten, man wollte uns herauslassen, aber als die vielen tausend Familien kamen, hatten die Sowjets Angst und weigerten sich, uns Pässe zu geben. Unsere Auswanderung zeigte, daß der Fünfjahresplan doch nicht so gut war, wie es überall verkündet wurde.

Und so lagen wir vor Moskau und waren verzweifelt. Aber dann organisierten wir uns, teilten verschiedene Gruppen ein und bearbeiteten die Behörden. Die Toilette unterstüßten uns, wo sie nur konnten. Ich war als Führer meiner Gruppe gewählt worden, aber ich blieb im Hintergrund, ich kannte ja die Begehe.

## Camille d'Orange: Menschlein

Wie ich zum ersten Male fand, daß ich ein Mensch sei; das will ich jetzt erzählen. Dene Stunde ist mir wie eine erste zarte Wurzelhaare meines Lebens; fühlte ich sie nicht in der dunklen Tiefe als den Beginn meines eigentlichen Daseins, so war ich nicht ich, wie ich bin. — — —

Ich sitze auf den Stufen vor dem Hause. Es ist Vormittag, die Sonne scheint. Es ist sehr still. Ich und zu geht jemand von den Gassen vorbei. Ganz schmale Gärten liegen vor den Häusern; in unserem Garten steht ein Rosenstock.

Die Großen sind in der Schule; die ganz Großen sind früh am Morgen ins Geschäft gegangen und kommen erst abends nach Hause zurück. Darum ist die Straße so leer. Wenn Menschen Schritte nähertommen, spiele ich: Mann oder Frau? — Dann geht der Mensch am Garten vorbei und sagt mir selber die Lösung. Wäunter ist es ein kleiner Junge mit kurzen Haaren wie ich. — Sie ahnen alle nichts davon, daß ich mit ihnen „Mann und Frau“ gespielt habe.

Ein Krämerjunge geht am Garten vorbei; er pfeift sehr laut. Sein Gesicht kann ich nicht sehen, denn er hält auf der Schulter den Korb.

Er ist ein Großer, mit langen Haaren. Ich bin sieben Jahre. — Werde ich auch einmal groß sein? Lange Haaren tragen und pfeifen? Das kommt mir so schrecklich vor, ich kann es mir gar nicht denken — wie aus mir werden soll, was aus all den anderen wird. Ich glaub, ich muß bleiben so wie ich bin — immer in kurzen Haaren. Bestimmt. Und bei Tisch immer so sitzen wie jetzt; ohne ein Wort im Gespräch zwischen Großen; ohne Zigarette, und ohne Zigarre, wie Boter sie raucht, wenn er Runge bläst. Auch pfeifen

Wir gingen zu allen Instanzen und Behörden, wir waren bei Kassin, bei Molotow und auch bei Maxim Gorki. In einer Nacht haben wir an sechs Hauptstellen unsere Eingaben eingereicht, jede Eingabe mit tausend Unterschriften versehen. Das mußte geheim gehalten, sonst hätte man uns verhaftet. Die GPU suchte schon die Führer.

Endlich erklärte Kassin einer Delegation:  
„Nun, Genossen Mennoniten, wenn ihr nicht bei uns bleiben wollt, sollt ihr fahren, wir lassen euch nicht gern fort, aber fahrt, wenn ihr wollt.“

Das war am 24. Oktober, und in jener Nacht schon wurden die ersten Männer verhaftet. Die Automobile kamen gewöhnlich nachts nach den Datschen, wo wir wohnten, die Männer wurden aufgeladen und nach dem Gefängnis gebracht. Und wir hatten doch schon die Zusage von Kassin. Aber man wollte uns einschüchtern. Dann beantragten wir beim Moskauer Sowjet, daß wir selbst die Listen der Auswanderer aufstellen wollten, selbst die Papiere zusammenstellen und so weiter. Das wurde genehmigt. Um Moskau lagen damals über 13.000 Familien.

Am 25. Oktober hieß es plötzlich: schön, reißt die Listen ein, wir müssen sie bis zum 27. Oktober haben. Wir konnten die Frist einen Tag hinausschieben, und nun begann eine große Arbeit. In meiner Gruppe waren 123 Familien, wir hatten unsere Wirtschaften liquidiert und besaßen noch etwas Geld. Aber 19 Familien aus unserer Gruppe hatten kein Geld und mußten zurückbleiben. Am 28. Oktober hatten wir alle Papiere und Listen zusammen, wir sollten da die Pässe bekommen, aber wir bekamen sie nicht. Wir mußten in die Lager zurück. Am anderen Tage ging die Delegation noch einmal nach Moskau und da hieß es: In der Nacht fährt die erste Gruppe los!

Diese Nachricht erreichte die Lager abends um sieben Uhr. Wir richteten nach Moskau zu unserer Delegation einen Eisenbahnkauf ein. Eine Nachricht hob die andere wieder auf. Um zehn Uhr kam der Befehl, daß um Mitternacht alles von der ersten Gruppe auf der Station sein sollte. Wer nicht da sei, hieß es, dürfe am diesem Tage nicht fahren.

Es war dunkel, kalt und regnerisch. Wir lagen 5 bis 7 Kilometer voneinander entfernt. Als wir die Nachricht bekamen, hatten wir nur noch zwei Stunden Zeit bis zur Abfahrt. Es war ringum ein Chaos wie bei einer Kriegserklärung. Die Kinder wurden aus dem Schlaf gerissen, Frauen weinten und lachten, es war unbeschreiblich. Die besten Sachen mußten wir dalassen. Es war, als wenn ringsum ein feindliches Heer einen Ueberfall auf uns vorbereitet. 106 Familien, so zogen wir in der dunklen Regenmacht mit den Kindern und den Sachen nach der Station Perlowka. Um Mitternacht waren 106 Familien auf dieser Station. Um 3 Uhr wurden wir verladen. Und nun stellte sich heraus, daß nur sechs Waggons da waren. Die Eisenbahner hatten bei der Bereitstellung vergesen, die Kinder zu berechnen. Nur 56 Familien durften also abfahren. Der Jammer der Zurückbleibenden war schrecklich. Viele von ihnen sind dann nach ihren Dörfern zurückgeschickt worden, andere kamen mit dem zweiten Transport nach Deutschland. Bis um zwölf Uhr am anderen Tage wurde raunert, wir lagen auf den Bahnhöfen herum und endlich fuhrten wir ab. Nach Leninград, Anstalt 10 bis 11 Stunden wie sonst, fuhrten wir 40 Stunden. In Leningrad kamen wir am 30. Oktober abends an.

Die GPU nahm uns in Empfang und brachte uns nach dem sehr schönen Auswandererheim. Die Verpflegung war gut und reichlich. Wir wurden in der Nacht noch gebadet und unsere Kleider wurden desinfiziert. Bei dieser Gelegenheit haben sich vieler Kinder erkältet und wurden dann krank. Für die Passage nach Hamburg mußten wir noch 60 Rubel pro Erwachsener bezahlen. Die Nacht war voller Aufregung. Das letzte Geld wurde uns abgenommen. Am Morgen sagte zu uns die GPU: Ihr kommt nicht fort, Befehl aus Moskau, ihr sollt zurückgeschickt werden! Aber das war nur Quälerei. Es gab auch nichts zu essen am Morgen. Endlich, mittags zwischen zwölf und ein Uhr wurden wir verladen. Am 31. Oktober verließ das Schiff den Hafen in Richtung Kiel.

Ich hatte einen Anzug, den habe ich zwölf Jahre getragen. Nur an den Ausnahmefällen, wiffen Sie. Meine Frau machte mir jeden Sommer einen Anzug aus Sackeinwand. Der Schiffsarzt sagte zu mir: „Nun, Sie haben ja noch einen guten Anzug, so schlecht wird es Ihnen bei uns wohl nicht gegangen sein.“ Als ich aber dem Mann die Geschichte von den Anzügen aus Sackeinwand erzählte, wurde er ganz still und wollte nichts mehr wissen. Und wir fuhrten weiter, die See war glatt und in Kiel waren wir gerettet.“

In dem kleinen Café spielte eine kleine Abendmusik. Die aber vergah alles, die Musik, die Stadt Mölln, in der Eulenspiegel begraben sein soll, er vergaß die Steppen der Krim, starrte vor sich hin und dachte wohl an die neue Heimat in Brasilien.

werd' ich wohl niemals können, daß es so laut durch die Straße schallt. Das tun alle anderen, und das macht sie so komisch — nein, so komisch werde ich niemals wie ihr. Auch später nicht, wenn ich größer bin. Ich muß größer werden, da kann ich nichts machen — sie werden es alle. Aber sie haben alle dabei einen Tzip, einen Schuss — oder wie soll man das nennen? Ob sie das schon als Kleine hatten? Der Onkel hat's, der Großvater auch, und die Tante — immer, wenn sie uns zu besuchen kommen, ist noch der Schuss an ihnen zu sehen, und immer derselbe, das ändert sich nicht; daran kann ich sie wiedererkennen. Die Tante weint ohne Grund, jedes Mal; und der Onkel schimpft; und mitunter sprechen sie kein Wort miteinander, und gehen vorbei und sagen sich nicht Guten Tag, und sitzen bei Tisch und sind ganz still. Ruh ich dabei nicht ängstlich werden? Dann reden sie wieder lange miteinander, und weinen — die Großen! — Wie seltsam sie sind, alle Menschen. Wenn sie zur Kirche gehen — warum machen sie dann Augen, über die ich so lachen muß? — Ob ich wohl auch so Seltsames tu? Ganz gewiß nein. Ich spiele und seh' mir die Leute an — ich bin niemals fipig und schrullig wie sie... Die heiße Sonne scheint so hell auf die Augen. Ich sitze auf der Treppe, in die Ecke gedrückt. — „Ewald“, ruf ich, „Ewald, komm' runter!“ — Ewald kommt nicht.

Ich spiele wieder „Mann oder Frau?“

**Polizeibrillen.** Die Pariser Polizei ist mit Brillen ausgerüstet, die den Beamten ermöglichen das zu sehen, was hinter ihnen vorgeht. Das ist dadurch erreicht, daß keine sehr sorgfältig gearbeitete konvexe Spiegel am Rahmen der Brille angebracht sind. In diesen Spiegeln spiegelt sich das, was hinter einem passiert, während der Blick nach vorn nicht im geringsten behindert wird. Die Brillen dürften auch außerhalb des Polizeidienstes eine große Zukunft haben.

# Unfönnige Behauptungen.

## Kann das Landwirtschaftskammergesetz als verfassungswidrig bezeichnet werden?

Der neue Entwurf zum preussischen Landwirtschaftskammergesetz, den das preussische Landwirtschaftsministerium auf Grund des Landtagsbeschlusses vom Juni 1927 vorgelegt hat, wird bekanntlich von den Agrariern scharf bekämpft. Warum? Weil die Landarbeiter in der Kammer wirksam vertreten sein sollen. Der von der Regierung grundsätzlich vorgezeichnete Anteil der Arbeitnehmer mit einem Drittel sei erheblich zu hoch. Außerdem habe der neue Entwurf das Selbstverwaltungsrecht der Kammern — deren Ausgaben übrigens zu ein Viertel aus Reichs- und Staatsmitteln bestritten werden — völlig auf. Wenn die Agrarier schreien, ist das ihr Recht. Merkwürdig aber ist ein Angriff des „Deutschen“ gegen den Entwurf, der zugleich ein Angriff gegen den preussischen Zentralminister Dr. Steiger ist.

„Der Deutsche“ kam kürzlich zu folgenden erschreckenden Feststellungen:

1. Da die künftigen preussischen Landwirtschaftskammern öffentlich-rechtliche Organe für produktionspolitische Gemeinschaftsarbeit sein sollen, können sie durch Landesgesetz nicht geschaffen werden. Sie unterliegen vielmehr der ausschließlichen Gesetzgebung des Reiches.

2. Der Inhalt des Entwurfes eines preussischen Landwirtschaftskammergesetzes ist mit den Vorschriften der Reichsverfassung über die Parität nicht vereinbar.

3. Die im Entwurf vorgesehenen Landwirtschaftskammern sind organisch-berufliche Vertretungskörperschaften eines Zwangsverbandes der Wahlberechtigten bzw. Beitragspflichtigen. Falls die Landwirtschaftskammern nicht unter Art. 165 Abs. 1 verfassungswidrig sind, so stellen sie einen verfassungswidrigen Verstoß gegen die negative und positive Koalitionsfreiheit dar.

Dreimal verfassungswidrig! Das muß ja eine ganz verantwortungsvolle Staatsregierung sein, die einen solchen Entwurf einbringt. Aber die nähere Prüfung zeigt, daß die Ausführungen im „Deutschen“ von A bis Z falsch sind.

Artikel 7 Ziffer 10 der Reichsverfassung gibt zwar dem Reich das Recht der Gesetzgebung für die Berufsvertretungen für das Reichsgebiet. Aber es handelt sich hier nicht um eine Berufsvertretung für das gesamte Reichsgebiet, sondern um die Regelung für Preußen. Das Reich hat außerdem in dem in Artikel 7 aufgeführten Rechtsgebieten nicht das ausschließliche Recht der Gesetzgebung. Daher gilt Artikel 12 der Reichsverfassung, wonach die Länder das Recht der Gesetzgebung auf diesen Gebieten so lange behalten, bis das Reich vom dem Recht der Gesetzgebung Gebrauch gemacht hat. Das ist aber bislang noch nicht geschehen.

„Der Deutsche“ beruft sich aber auch auf den Artikel 165 der Reichsverfassung. Dieser Artikel 165 handelt aber bekanntlich von

dem sogenannten „wirtschaftlichen Räteystem“, von gesetzlichen Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat, die der Regelung des Reiches vorbehalten ist. Es heißt aber den deutschen Staatsbürger wirklich für sehr dumm verkaufen, wenn man ihm den Glaube zumißet, die im preussischen Gesetzentwurf genannten Landwirtschaftskammern seien zu den Arbeiter- und Wirtschaftsämtern im Sinne des Artikels 165 zu zählen. Selbst unter Bezirkswirtschaftsräten könnte nicht die Vertretung eines einzigen Berufsstandes verstanden werden, wie es die Landwirtschaftskammern sind. Auch die Praxis hat ja diese Forderung noch nie gezogen. Nach dem Erlaß der Reichsverfassung hat eine Reihe von Ländern, nämlich Baden, Bayern, Oldenburg, Sachsen, Braunschweig, Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg, Württemberg und Thüringen neue Gesetze über ihre Landwirtschaftskammern erlassen. Kein Mensch ist darauf verfallen, daß diese Gesetze wegen eines Verstoßes gegen Artikel 165 Absatz 6 verfassungswidrig seien. Diese epochenmachende Entdeckung ist erst dem „Deutschen“ im Jahre 1929 gelungen.

Selbstverständlich fällt damit auch der Einwand, daß gegen den von der Reichsverfassung festgelegten Grundgedanken der Parität verstoßen wird. Denn dieser in Artikel 165 Absatz 1 aufgestellte Grundgedanke hat natürlich nur Geltung für diejenigen Vertretungskörperschaften, welche im Artikel 165 der Reichsverfassung genannt sind und seinen Vorschriften unterliegen. Da die Landwirtschaftskammern aber nicht dazu gerechnet werden können, ist der Einwand hinfällig. Bis heute ist noch niemand auf den Gedanken gekommen, die übrigen Landesgesetze über die Landwirtschaftskammern, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern, die doch auf denselben Verfassungsprinzipien beruhen, für verfassungswidrig zu erklären und dazu den Einwand der Parität heranzuziehen.

Reicht noch der Verstoß gegen die positive und negative Koalitionsfreiheit, die durch den Artikel 159 der Reichsverfassung gewährleistet ist. Will man denn etwa die Konsequenz ziehen, bei den Industrie- und Handelskammern, und bei den Handwerkskammern von einer Koalitionspflicht der Unternehmer zu reden? Hier werden doch Dinge miteinander verquält, die nichts miteinander zu tun haben.

In den Kreisen der Rechten ist man über den Nachweis der Verfassungswidrigkeit des Entwurfes durch ein Maß, das den christlichen Gewerkschaften nahe steht, nicht wenig erkreuzt gewesen. Aber die geschworenen Gegner des Gesetzes werden sich doch nach anderen Bundesgenossen umsehen müssen. Denn die Argumente des „Deutschen“ ziehen nicht.

## Industrie gegen Grüne Front.

Maschinenindustrie im Januar im ganzen ungünstig.

Nach dem Januarbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten brachte das neue Jahr bisher bei den Aufträgen und Aufträgen des Inlandes noch einen weiteren Rückgang, die Auslandsbestellungen haben aber gegenüber dem Bestands niedrigen Dezemberstand etwas zugenommen. Der Beschäftigungsgrad nahm weiter bis auf rund 62 Proz. ab, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit sank bei den betrieblichen Betrieben auf 46 Stunden. Besserungen aus dem Auslandsgeschäft ergaben sich bei Werkzeugmaschinen, im Maschinenbau, bei Drechselmaschinen, mechanischen Fördermitteln, Nahrungs- und Genussmittelmaschinen sowie bei Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen. Besonders die Baummaschinenfabriken leiden unter der Zurückhaltung des öffentlichen Hand.

Sehr ernst zu nehmen ist eine Feststellung des VDMA über zunehmende Boykottbewegungen gegenüber deutschen Maschinen in agrarischen Ländern. Danach laufen aus Holland und Dänemark, Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Rumänien immer zahlreichere Nachrichten ein, wonach gegen deutsche Waren und besonders deutsche Maschinen der Boykott propagiert wird, weil Deutschland durch seine Zollserhöhdungen von Mitte und Ende 1929 die Ausfuhr dieser Länder nach Deutschland besonders in Agrarprodukten schwer geschädigt habe. Der VDMA erhebt die Forderung, daß alles unternommen werden müsse, was derartigen Boykottbestrebungen weitere Nahrung geben könnte.

Der Bartruf der Maschinenindustrie kommt zur rechten Zeit. Vor wenigen Tagen erst hat die „Grüne Front“ an die Reichsregierung wieder den Appell gerichtet, die Abschließungspolitik Deutschlands gegenüber der ausländischen Agrarfuhr noch weiter zu verschärfen. Wird aber der VDMA, auch bereit sein, sein Gewicht auch bei den der Maschinenindustrie nahestehenden politischen Parteien gegen die Forderungen der „Grünen Front“ in die Waagschale zu werfen?

## Raiffeisens unrühmliches Ende.

Heute Gründung des Einheitsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Selbständigkeit der einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände hört mit dem heutigen Tage auf, an dem die endgültige Konstituierung des Einheitsverbandes unter dem Namen „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen“ erfolgt wird. Der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften hat gestern seine letzte Jahresversammlung abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist die Mitteilung wichtig, daß sich bei den Raiffeisen Spar- und Darlehensvereinen die gesamten Einlagen Ende 1929 auf rund 335 Millionen Mark erhöht haben. Auf der letzten Tagung des Raiffeisenverbandes sprach der bisherige Generaldirektor Freiherr von Braun den Retrolog und Pfarrer Meyenschein feierte den Geist Raiffeisens, von dem freilich in den letzten Jahren der Raiffeisen-Entwicklung bei der Vertilgung der Raiffeisen-Geschäfte sehr abgemichen worden ist.

Der Gründer Raiffeisen hätte mahelich einen ruhmvolleren Uebergang zu einer Einheitsorganisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften verdient. Das Reich und Preußen, die h. heißt der deutsche Steuerzahler müssen heute für die 75 Millionen Mark auskommen, die im wesentlichen zur Rettung der landwirtschaftlichen Raiffeisen-Organisation geopfert werden müssen. Es ist das Verdienst der preussischen „Sozialistischen“ Agrarpolitik und in erster Linie der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland nicht vollständig zusammengebrochen sind und daß die Krisis der deutschen Landwirtschaft, wesentlich vermindert aus deutschnationalen und nicht aus Raiffeisen-Geist, nicht zum furchtbaren Debacle der deutschen Landwirtschaft überhaupt gemorden ist.

## Christliche Eisenbahnerbank in Schwierigkeiten Vergleichsantrag gestellt

Wie aus München gemeldet wird, hat die Bayerische Eisenbahnerbank A. G. in München gestern morgen ihre Schalter nicht mehr geöffnet und den Antrag zur Herbeiführung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt. Die Bank teilt mit, daß der Bayerischen Eisenbahnerverband nach der Zahlungseinstellung sofort mit der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in München in Verbindung getreten ist, die über das dort eingerichtete Konto alle Zahlungen des Verbandes laufen lassen soll. Die Verbandsmitglieder würden für die Verpflichtungen der Bayerischen Eisenbahnerbank nicht haftbar gemacht und der Verband hoffe, seine Mitglieder vor finanziellen Einbußen zu bewahren zu können, soweit sie bei der Bayerischen Eisenbahnerbank als Einleger Forderungen haben.

Die Bayerische Eisenbahnerbank A. G. ist eine Gründung der christlich-nationalen Eisenbahnerorganisation Bayerns; die Mitglieder des Aufsichtsrates sind mittlere und höhere Eisenbahnbeamte, christliche Gewerkschaftsfunktionäre und bayerische Landtagsabgeordnete, die der Bayerischen Volkspartei angehören. Die Bank hatte Beteiligungen u. a. auch bei Grundbesitzgesellschaften und Ziegeleien. Das Kapital beträgt 500 000 Mark und verteilte merkwürdigerweise immer Dividenden von 12 Proz. Ende 1928 waren Sporenlagen im Betrage von rund 3 Millionen Mark und sonstige Gläubigerforderungen von nicht ganz 1 Million Mark vorhanden. Im Geschäftsbericht von 1928 wurden noch große Löhne über die vorjährige Politik und die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Bank geredet. Es ist möglich, daß die besonders in Oberbayern sehr zahlreichen privaten Bankzusammenbrüche auch dieser christlich-nationalen Eisenbahnerbank Verluste gebracht haben. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß das für jede Gewerkschaftsbank unmögliche Prinzip der privaten Einzelkreditgewährung, das bei der Münchener Bank angewendet wurde, dieser gefährlich geworden ist. Wie es in dieser Art christlich-nationaler Banken aussieht, haben ja die Raiffeisen- und Landbankstandale bisher schon genügend bewiesen.

Millionenausflug für die Damag-Meguin la Roabit. Die Damag-Meguin in Berlin-Roabit, die bereits in ihrem letzten Geschäftsbericht für 1928/29 auf eine Anzahl schwebender Auftragsprojekte hinweist, ist jetzt von der Stadt Bonn in Südrheinland mit dem Bau einer großen Müllverbrennungs- und Verwertungsanlage beauftragt worden. Der Wert dieses Auftrages beläuft sich auf etwa 4 Millionen Mark. Das Unternehmen hat bereits vor zwei Jahren gleiche Anlagen für die Stadt Zürich ausgeführt.

Schuhhändler gegen Zabelmüllern. Der Reichsverband deutscher Schuhhändler hat auf seiner Karlsruher Tagung gegen die immer zahlreicheren Verkaufsstellen von Schuhfabriken protestiert. Eine Entschärfung kündigt scharfe Kampfmaßnahmen an, mit denen der selbständige Schuhhändlerhandel gegen die Konkurrenz der Fabriken geschützt werden soll.

# Siemens und die Amerikaner.

## Die Kämpfe in der Schwachstromindustrie. — Europäische Nachrichtenmonopole?

Der amerikanische Abschluß der Siemens-Affäre soll bekanntlich zum Friedensengel für den deutschen Siemens-Konzern und die amerikanische General Electric Company werden. Die Verwallung von Siemens macht kein Hehl mehr daraus, daß die freundschaftlichen Beziehungen zur General Electric Comp. eine Vertiefung erfahren“, d. h. etwas deutlicher ausgedrückt, die Käufer elektrischer Ausrüstungen in Zukunft einem geschlossenen Bunde von Verkäufern gegenüberstehen sollen. Ob diese Geschlossenheit auch das noch hart umstrittene Gebiet der Schwachstromindustrie umfassen soll, das ist augenblicklich die brennendste Frage nicht allein der deutschen Elektrowirtschaft.

Der Konkurrenzkampf in der deutschen Schwachstromindustrie ist

### von den Amerikanern planmäßig herbeigeführt

worden. Die I.T.L. (Abkürzung für International Telegraph and Telegraph Corp.), die mit der General Electric Comp. eng zusammenarbeitet, schrieb schon in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1928: „Es ist geplant, in Zusammenarbeit mit deutschen Industriellen und Bankiers diese (gemeint war die Ferd. Schuchardt, Berliner Fernsprech- und Telegraphenwerke A. G. in Berlin) und andere deutsche Fabriken für den Inlandsbedarf und auch für den Export zu entwickeln.“ Das greifbare Ergebnis dieses Planes ist die Ausdehnungspolitik der I.T.L. auf deutschen Boden. Die bedeutsame Gründung der deutschen Standard-Elektrizitäts-Gesellschaft (investiertes Kapital 25 Millionen Mark; 63 Proz. der Aktien der I.T.L.) gehört ebenso in dieses Kapitel wie die Errichtung der Creed-Telegraphenapparate GmbH in Berlin (Kapital im Besitz europäischer Tochterunternehmen von I.T.L.) und die Gründung der Deutscher Ticker-Dienst G. m. b. H.

### Der Konzern der I.T.L.

Nach dem letzten in Deutschland wenig bekannten Geschäftsbericht der Gesellschaft umfaßt die I.T.L. 52 größere Unternehmen in 21 verschiedenen Ländern. Im Laufe des vergangenen Jahres ist etwa ein Duzend weiterer Unternehmen in Europa, den südamerikanischen Abc-Staaten und Peru hinzugekommen. Nicht mit eingerechnet sind bei diesen Zahlen die hunderte Gesellschaften, die indirekt von der I.T.L. abhängig sind, und zwar entweder über die Radio Corporation of America oder über die General Electric Co. Durch ihre langfristigen Verträge mit der Postal Telegraph and Cable Co. ist auch die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft an den I.T.L.-Konzern gebunden.

Diese Verbindung deutet auf die Betätigung der I.T.L. im überseeischen Nachrichtenverkehr hin. Etwa die Hälfte aller Seekabel der Welt gehören der I.T.L. und ihren Tochtergesellschaften. In allen Ländern die ihre öffentlichen Telefon- und Telegrapheneinrichtungen nicht verstaatlicht haben, dominiert der I.T.L.-Konzern (fast der ganze amerikanische Kontinent, Kuba, Puerto Rico, Haiti und Spanien). Aber auch in fast allen übrigen Ländern der Erde spielt der Konzern als Materielleservant eine gewichtige Rolle. Die Bedeutung dieses Zweiges der I.T.L. geht am besten aus der Tatsache hervor, daß eine eigene Studiengesellschaft des Konzerns, die International Communications Laboratories Inc., in London, Paris und New York Laboratorien besitzt. Sie hat im vergangenen Jahre unter anderem den größten Radiosender der Welt für die Stadt Prag konstruiert. Die Zahl der Erfindungen, die von dieser Gesellschaft im Jahre 1928 ausgearbeitet wurden, betrug 144. Am 31. Dezember 1928 hatte der Konzern 5560 Patente in 69 Ländern sichergestellt.

Eine der wertvollsten Besitztümer stellt die International Standard Electric Corp. dar, die Fabriken in Antwerpen, Budapest, London, Madrid, Paris, Shanghai, Tokio sowie auf dem amerikanischen Kontinent betreibt. Eine Spezialität der Standard Electric

bildet die Umstellung von Telephonnetzen auf das automatische System. Sie hat im Jahre 1928 Großstädte in allen Ländern der Erde mit derartigen Anlagen versehen von Mexiko bis Paris und von Schanghai bis Zürich. Es gelang ihr, der schwedischen Ericsson-Gruppe, mit der sie damals noch im Konkurrenzkampf stand, die Aufträge für die Umstellung des Osloer und des Kapenhagener Netzes wegzuschnappen. Mit Ericsson, dem größten nordländischen Produzenten von Schwachstrommaterial, ist Mitte vorigen Jahres eine grundsätzliche Einigung erfolgt.

### Durch die Verbindung mit der A.G.

mit W. u. Genest, Schuchardt, Felten u. Guilleaume, der Süddeutschen Telephon und jetzt mit Telephon Berliner hat die I.T.L. auf dem deutschen Markt eine bedeutende Stellung erlangt. Unabhängig sind neben dem Siemens-Konzern nur noch die Frankfurter Fuß-Gruppe, die aber zu der jetzt aufgelaugten Telephon Berliner auch in kapitalmäßig fundierten Beziehungen stand. Mit der Entscheidung über das Schicksal von Telephon Berliner wird die Entscheidung über das Verhältnis zwischen Siemens und I.T.L. wahrscheinlich im Sinne einer Einigung weiter geföhrt werden. Der Siemens-Konzern hat ja durch seine bedeutungsvolle Antwort an die General Electric Co. dargelegt, daß er keineswegs um jeden Preis gegen eine Amerikanisierung ist. Das Spiel der Fäden zwischen I.T.L. und General Electric wird ein überiges tun, um die Einigung zu bemerksstellen.

### Gefahren für das Nachrichtenwesen.

Genügend Anzeichen deuten also darauf hin, daß das Zusammengehen von Siemens und der I.T.L. zur Tatsache wird. Die Situation, die sich dann schon bald in der Elektrizitätsindustrie ergeben kann, ist für die Allgemeinheit nicht ohne Gefahren. Denn die Beeinflussung des Nachrichtenwesens durch einen kapitalistischen Konzern ist mehr als ein Preisdiktat auf einem beliebigen anderen Gebiet. Um das voll erkennen zu können, braucht man nur einmal auf die Klagen liberal gesinnter Nordamerikaner über das private Radio- und Kabelmonopol ihres Kontinents zu hören. Die Gesellschaft Owen D. Youngs (finanzkapitalistisch Herr Morgan) beherrscht mit Hilfe der Bundesregierung von Washington fast alle Radiostationen der U.S.A., und Präsident Coolidge von der I.T.L. ist das einflußreichste Mitglied des zwischenstaatlichen Handelskomitees, dem der amerikanische Senat die Kontrolle über das Telephon- und Radiowesen übertrugen hat. Wie diese Kontrolle aussieht, kann sich jedermann selbst ausmalen. Wenn ähnliche Zustände nicht auch in Deutschland einreifen sollen, ist die stärkste Beachtung aller Vorgänge in der Elektrizitätsindustrie nötig.

## Italienische Großbankfusion.

Die Rationalisierungswelle hat jetzt auch auf das Bankwesen übergegriffen. So sind jetzt unter aktiver Mitarbeit des Finanzministeriums zwei der größten Banken des Landes, die Credito Italiano und die Banca Nazionale, verstaatlicht worden. Das Gesamtkapital der beiden Banken beläuft sich einschließlich der Reserven auf 940 Millionen Lire, also annähernd 200 Millionen Mark.

Zweck der Fusion ist Unkostenentlastung auf der ganzen Linie. So soll durch Zusammenlegung der vielen bisher nebeneinander arbeitenden Depotskassen die Organisation vereinfacht und das Geschäft so abgegrenzt werden, daß die Credito Italiano nur die reinen Bankgeschäfte wahrnimmt, während die Banca Nazionale sich ausschließlich auf den Geschäftverkehr mit der Industrie beschränkt wird. Welche Bedeutung das System Mussolini dieser Rationalisierung beimißt, beweist, daß der Finanzminister zur Deckung der Fusionskosten Beihilfen gewähren wird.